

Redebeitrag

Plenum, 28.05.2018

Dok.218 Nr.1-4 – AktiF- und AktiF Plus-Beschäftigungsförderung  
-Alain Mertes-

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dieser Dekretentwurf zur AktiF- und Aktiv PLUS Beschäftigungs-förderung stellt die gesetzliche Grundlage für die von der Regierung in ihrer Regierungserklärung angekündigten Aktivierungsmaßnahmen dar.

Diese Aktivierungsmaßnahmen sollen helfen, Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen in Arbeit zu vermitteln und so die Arbeitslosigkeit senken und den Fachkräftemangel reduzieren. So lautet zumindest die offizielle Darstellung der Regierung, wenn auch in verkürzter Form.

Ich werde hier nicht nochmals die Details wiederholen, also wer wann und wieviel Förderung erhalten kann. Dies ist in der Vergangenheit und auch heute zu genüge dargelegt worden.

Vielmehr werde ich zu Beginn meines Redebeitrags eine allgemeine Kritik zur aktuellen Beschäftigungspolitik und zu diesem Dekret vortragen. Im zweiten Teil werde ich einige Vorschläge aufzeigen, wie Aktivierungsmaßnahmen in der DG nach den Vorstellungen der Vivant-Fraktion aussehen würden.

Wie Sie wissen, verfolge ich in meiner politischen Arbeit den Ansatz, bei dem Lösen eines Problems immer zuerst die Ursachen zu ergründen.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Hier lautet meine erste Frage: Wieso haben wir eigentlich auf der einen Seite viele Arbeitslose, auf der anderen Seite aber immer mehr offene Stellen? Oder anders ausgedrückt: Wieso findet ein Teil der Arbeitssuchenden trotz offener Stellen keinen Arbeitsplatz?

Wenn wir uns die Situation in der DG anschauen, so ergeben sich dann weitere, spezifischere Fragen: Warum sind ältere Arbeitnehmer nicht mehr bezahlbar? Und überhaupt, warum ist Personal für Arbeitgeber eigentlich so teuer?

Nun, lassen Sie mich mit der letzten Frage beginnen. Der Grund ist uns allen bekannt. Die hohen Lohnnebenkosten, welche der Förderalstaat auferlegt, machen Personal so teuer, ja für verschiedene Arbeitgeber nahezu unbezahlbar. Belgien belegt hier im europäischen Vergleich eine Spitzenplatz.

Bei älteren Arbeitnehmern kommen dann noch die bereits absolvierte Karriere, also die Dienstjahre hinzu, welche die Löhne weiter steigen lassen. Viele Betriebe und Einrichtungen können sich solches Personal einfach nicht leisten.

Hier setzt ja nun genau das uns hier vorliegende Dekret an. Wenn ältere Arbeitnehmer zu teuer sind, dann bieten wir Arbeitgebern einen finanziellen Anreiz, diese Menschen dennoch zu beschäftigen.

Wir nehmen also hin, dass Arbeit immer schwieriger bezahlbar wird. Ja, es handelt sich hier um eine föderale Zuständigkeit. Bedeute dies aber, dass wir keine Fragen stellen dürfen?

Fakt ist, dass der Staat, in diesem Fall der Förderalstaat, Knappheit erzeugt. Knappheit oder Mangel an bezahlbaren Arbeitskräften. Dann kommt der Staat, diesmal die Deutschsprachige Gemeinschaft, und erschafft finanzielle Anreize, die die durch ihn erzeugt Knappheit, zumindest in einem Teilbereich wieder abmildern soll.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Das wirft doch erneut Fragen auf:

Erschafft der Staat so auf der einen Seite künstlich einen Mangel, um auf der anderen Seite als Gönner auftreten zu können?

Wollen die politisch Verantwortlichen sich somit ihre eigene Daseinsberechtigung geben oder gar Abhängigkeiten schaffen? Welchen Sinn könnte eine solche Vorgehensweise denn noch haben?

Tatsache ist, dass eine vernünftige Steuer- und Sozialpolitik mit angemessenen Lohnnebenkosten solche Maßnahmen überflüssig machen würde.

Diese Vorgehensweise finden wir in sehr vielen Politikbereichen. Würde konsequent hierauf verzichtet, könnte die Bürokratie, aber auch die politische Ebene bestehend aus Parlamenten und Regierungen, stark reduziert und viele Steuergelder eingespart werden.

Nun, werte Kolleginnen und Kollegen, im Grunde wissen wir alle, dass dies so nicht weiter gehen kann. Ja, es liegt nicht in unserer Hand, dies heute zu ändern. Doch liegt es in unserer Verantwortung, dies anzusprechen und nach unseren Möglichkeiten an einer Veränderung mitzuwirken. Würden Sie die gleiche Energie, mit der Sie sich für die Autonomieerweiterung einsetzen, in solche Themen investieren, wären wir schon ein paar Schritte weiter. Was dann dabei herum käme, ist eine andere Geschichte und liegt wie gesagt nicht in Ihrer Hand.

Doch durch Ihre Ignoranz machen Sie sich für diese Missstände mitverantwortlich!

Nachdem ich die dritte und vierte meiner eingangs gestellten Fragen beantwortet habe, kommen wir zurück zu den ersten beiden: Wieso haben wir eigentlich auf der einen Seite viele Arbeitslose, auf der anderen Seite aber immer mehr offene Stellen? Oder anders ausgedrückt: Wieso findet ein Teil der Arbeitssuchenden trotz offener Stellen keinen Arbeitsplatz?

Wenn die Ministerin Aktivierungsmaßnahmen ankündigt, dann erwarte ich, dass darin auch Antworten auf diese Fragen geboten und Lösungsansätze präsentiert werden. Doch bisher haben wir mehr als das geplante „Bündnis für Fachkräfte“ noch nichts vernommen.

Doch genau hier gibt es in der DG noch viel Potential. Hier möchte ich Ihnen nun die von mir eingangs angekündigten Lösungsansätze aufzählen, die zugleich die Antworten auf diese beiden Fragen darstellen:

1. Systematische Vermittlung der notwendigen Sprachkenntnisse:

Hiervon sind vor allem Arbeitslose mit einem Migrationshintergrund betroffen und diese stellen immerhin rund 1/3 aller Arbeitslosen in der DG dar. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden diese Personen auch durch noch so hohe finanzielle Zuschüsse nicht in ein dauerhaftes Anstellungsverhältnis gebracht.

Das Arbeitsamt sagt in einer Bestandsaufnahme vom August 2017, dass das Sprachenniveau B1 Voraussetzung für eine Arbeitsstelle sei. Was bleibt uns also anders übrig, als alles daran zu setzen, dass diese Zielgruppe dieses Niveau erreicht. Dazu gehört zum einem, entsprechende Kurse anzubieten aber gleichzeitig auch den Betroffenen klar zu machen, dass wir von ihnen erwarten, dass sie alles daran setzen, dieses Niveau zu erreichen. Genau deshalb fordert Vivant beispielsweise, dass beim Integrationsparcours dieses Niveau B1 angestrebt und mit einer Abschlussprüfung getestet wird, wobei der zeitliche Rahmen für das Erlernen sicher diskutiert werden kann.

2. Ein verbessertes Weiterbildungsangebot

Ein weiterer Grund dafür, dass viele Stellen nicht besetzt werden, ist ganz einfach die fehlende Qualifizierung.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Wir brauchen neben den Ganztagsweiterbildungen auch mehr berufsbegleitende Kurse. Personen, die sich umschulen wollen, sollen die Möglichkeit erhalten, dies neben der Arbeit zu tun. Arbeitssuchende, die sich zum Beispiel abends oder am Wochenende weiterbilden, stehen dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung. Auch dieser Aspekt sollte mehr Berücksichtigung finden! Hierzu könnte das Angebot der ZAWM ausgebaut werden.

Das Arbeitsamt bietet ebenfalls berufliche Weiterbildungen an, was prinzipiell zu begrüßen ist und eigentlich auch weiter ausgebaut werden sollte.

Voraussetzung dafür ist aber, dass diese Kurse auch professionell organisiert werden. Da herrschen beim Arbeitsamt aber immer noch große Defizite, auf die ich schon mehrmals hingewiesen habe, die aber auch die Ministerin offenbar nicht wahrnehmen möchte.

Wie kann es sein, dass die Weiterbildung zur Reinigungsfachkraft wegen Krankheit der Kursleiterin über lange Zeit hinweg ausfällt, oder dass es beinahe zwei Jahre braucht, bis ein neuer Lehrer für die Maurerschule gefunden wird? Hier wird seitens des Direktors des ADG und der Ministerin auf den Fachkräftemangel verwiesen, was aber nicht der Wahrheit entspricht, denn Kandidaten gab es zu genüge. Das Problem war schlicht und ergreifend die Bezahlung. Nur da in der DG in quasi allen Bereichen nach Diplom und nicht nach Erfahrung oder Können bezahlt wird, fand man niemanden. Denn mit einem Grundschuldiplom bleibt der Lohn trotz einiger Jahrzehnte Berufserfahrung sehr niedrig. Qualifizierte Arbeiter aus der Privatwirtschaft kann man so nicht gewinnen. Die Konsequenzen kennen wir. Zahlreiche Weiterbildungsangebote fielen einfach aus. Dies ist ein echtes Armutszeugnis! Diesen Diplommfetischismus habe ich schon des öfteren hier in diesem Hause kritisiert. Es freut mich, dass einige Parlamentskollegen zumindest in geheimen Ausschusssitzungen für eine Lockerung in dieser Sache eintreten. Die Not wird wohl ihr übriges tun, denn ohne ein Abkehr von der reinen diplombasierten Personalpolitik, werden immer mehr Stellen unbesetzt bleiben.

Fraktion im PDG V.o.G.

### 3. Verschärfte Sanktionen

Es ist Fakt, dass es eine ganze Reihe von Arbeitslosen gibt, die nicht arbeiten möchten, aber trotzdem Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nein, dies trifft sicher nicht auf alle zu, aber diesen Fakt zu verneinen, wie dies einige hier im Hause tun, ist mehr als nur naiv.

Arbeitslosengeld ist kein bedienungsloses Grundeinkommen!!!

Jeder Mensch kann unerwartet und unverschuldet seine Arbeitsstelle verlieren. Deshalb ist es gut, dass wir ein System haben, welches diese Menschen auffängt und ihnen hilft, beruflich wieder auf die Beine zu kommen. Menschen, die eine Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, haben aber eine Verantwortung den Menschen gegenüber, die durch ihre Arbeit und den von ihnen erwirtschafteten Steuern dieses Geld erarbeiten. Die Verantwortung lautet, alles Mögliche zu unternehmen, in angemessener Zeit eine neue Arbeitsstelle zu finden. Dies muss allen Arbeitslosen klar gemacht werden.

Aufklärung alleine reicht aber nicht aus. Hier müssen auch Konsequenzen folgen. Die DG hat hier weitreichende Möglichkeiten. Durch den Kontrolldienst kann das Arbeitsamt Sanktionen aussprechen und Menschen, welche nicht nach Arbeit suchen bzw. zumutbare Stellen ablehnen, für eine gewisse Zeit die Arbeitslosenunterstützung streichen.

Von diesem Instrument wird zu wenig Gebrauch gemacht. Sowohl die Anzahl, als auch die Länge der einzelnen Sanktionen sollte dort wo nötig, erhöht werden, was dann sicher etliche Personen veranlassen würde, sich weiterzubilden, bzw. ganz einfach ein Arbeitsverhältnis anzunehmen. Derjenige, der dies nicht möchte, kann ja immer noch auf die Arbeitslosenunterstützung verzichten.

Für weitere konkrete Beispiele verweise ich auf meine Stellungnahme zur Regierungserklärung im Beschäftigungsausschuss vom 1. Februar 2018.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass seit der Gründung des Kontrolldienstes das komplette Personal, immerhin 3 Personen, das ADG verlassen hat. Wer die Zeitungen der letzten Woche aufmerksam gelesen hat, dem sind sicher die Stellenanzeigen des ADG für diesen Bereich aufgefallen. Für mein Dafürhalten wirft dies Fragen auf.

Die Aktivierung von Arbeitssuchenden über Zuschüsse ist sicher die einfachste und politisch bequemste Methode. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die davon profitieren, sind froh. Die anderen kommen auch ohne aus. Zudem tritt man niemanden auf die Füße.

Das sieht bei den uns vorgeschlagenen Maßnahmen anders aus. Hier müssen die politisch Verantwortlichen und die Verantwortlichen in den Diensten Farbe bekennen und Festigkeit zeigen. Das könnte den Politikern und Politikerinnen aber Wählerstimmen kosten.

Vivant-Ostbelgien richtet seine Standpunkte nicht nach Wählerstimmen aus. Wir vertreten Positionen, die dem Allgemeinwohl dienen.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,  
Alain Mertes